

Allianz für «Lex Weltwoche»

Sechs Parteichefs fordern Offenlegung von Köppls Eigentumsverhältnissen

VON DENIS VON BURG, JOËL WIDMER, PASCAL TISCHHAUSER

BERN Die Präsidenten aller grossen Parteien ausser der SVP verlangen von der «Weltwoche», ihre Eigentumsverhältnisse offenzulegen. Sie bezweifeln, dass Chefredaktor Roger Köppel der alleinige Eigentümer der Zeitschrift ist. In der Affäre Hildebrand habe die «Weltwoche» offensichtlich «eine von der SVP beeinflusste Kampagne gefahren», die sich auch gegen die staatlichen Institutionen richte. Deshalb müsse jetzt geklärt werden, wer hinter der «Weltwoche» stehe und welche Rolle Christoph Blocher dort allenfalls spiele, sagen Christoph Darbellay (CVP), Christian Levrat (SP), Fulvio Pelli (FDP), Hans Grunder (BDP), Martin Bäumle (Grünliberale) und Ueli Leuenberger (Grüne) unisono. Einige denken gar an die Schaffung einer

«Lex Weltwoche», um alle Medien zur Transparenz zu zwingen.

Die Initiative für diesen politisch bemerkenswerten Schulterchluss kommt aus freisinnigen Kreisen. FDP-Nationalrat Otto Ineichen hat letzte Woche am Rande von Kommissionssitzungen entsprechende Gespräche zwischen den Parteipräsidenten in Gang gebracht. Ziel ist es, kommende Woche eine gemeinsame Erklärung zu verfassen und die «Weltwoche» derart unter Druck zu setzen, dass sie auch allfällige Darlehensbürgschaften offenlegen muss.

Zur Begründung sagt Levrat: «Die Situation mit der «Weltwoche» ist unhaltbar.» Unter dem Deckmantel angeblicher Recherchen würden politische Kampagnen gefahren. «Und vieles deutet darauf hin, dass Blocher und sein Clan die Fäden in der Hand halten», so Levrat. Dass der «Welt-

woche» die Bankdokumente zu gespielt wurden, die Blocher zuvor dem Bundesrat übergeben hatte, sei staatspolitisch bedenklich. Levrat hat der «Weltwoche» ein geplantes Interview abgesagt. Bis Klarheit herrsche, wolle er nicht mehr mit ihr sprechen.

«Ich will in der Schweiz keine Berlusconi-Verhältnisse»

Auch CVP-Präsident Darbellay will wissen, wie stark der Einfluss Blochers auf das Wochenblatt ist: «Aufgrund des Skandals um die «Basler Zeitung» liegt die Vermutung nahe, dass Christoph Blocher auch finanziell hinter der «Weltwoche» stehen könnte.»

Allein mit der Forderung nach Transparenz kann Köppel, der für die SonntagsZeitung gestern nicht zu erreichen war, nicht gezwungen werden, allfällige finanzielle und personelle Verbindungen zu Blocher oder dessen Um-

feld offenzulegen. Zudem sollen laut GLP-Chef Bäumle «alle Medien darlegen, wer bei ihnen Einfluss ausübt.» Denn die Öffentlichkeit müsse wissen, wer die grossen Aktionäre, Finanzgeber und Spender, aber auch die grossen Inserenten sind.

Eine «Lex Weltwoche», von der einige Parteichefs sprechen, soll die Verlage verpflichten, ihre finanziellen Hintergründe offenzulegen. «In letzter Konsequenz brauchen wir neue medienrechtliche Bestimmungen, die Transparenz bei Verlagen herstellen», sagt Levrat. Er wird bei dieser Forderung von Leuenberger und Grunder unterstützt. Auch Darbellay will das prüfen, sonst würden in der hiesigen Medienwelt Zustände wie in Italien herrschen. «Ich will in der Schweiz keine Berlusconi-Verhältnisse unter Obhut von Alt-Bundesrat Christoph Blocher», so Darbellay.

POLITOHR



Wirtschaftsminister **Johann Schneider-Ammann** gehört bekanntermassen nicht zu den begnadetsten Rednern im Lande. In der letzten Sitzung der Wirtschaftskommission ist seine Einschaltquote aber auf null gesunken. Keiner der 25 anwesenden Parlamentarier hörte seinem Referat zu. Alle starrten auf ihre Smartphones oder Laptops. Diesmal lag es jedoch nicht an ihm. Denn die Parlamentarier verfolgten die Liveübertragung des Rücktritts von Nationalbankpräsident Hildebrand. «Bizarrr» sei es gewesen, erzählt einer. Während der Währungshüter abtrat, referierte Schneider-Ammann über den hohen Frankenkurs und die Risiken, die zu einer weiteren Aufwertung führen könnten.

Der Berner Justizdirektor **Christoph Neuhaus** hat an Heiligabend zum zweiten Mal geheiratet – allerdings die gleiche Frau. Vor genau einem Jahr hat er seine **Julia** in deren Heimat (in den USA) geheiratet, und jetzt hat er die Heirat in Schanghai gewissermassen wiederholt. Neuhaus' Ehefrau ist nämlich die Tochter chinesischer Einwanderer. Seine Frau hat sich dabei dem Brauch gemäss viermal umgezogen. Und auch Neuhaus hat sich chinesisch einkleiden lassen. Ein wenig sei er sich wie Sandokan vorgekommen. Das Hochzeitsvideo will er indes nicht zeigen.

Hildebrand ist glaubwürdig

Grosse Umfrage der SonntagsZeitung

BERN Die Glaubwürdigkeit der Nationalbank (SNB) hat mit der Affäre Hildebrand nicht gelitten. Dieser Meinung sind drei Viertel der Befragten einer Isopublic-Umfrage im Auftrag der SonntagsZeitung. Eine relative Mehrheit von 49 Prozent findet Philipp Hildebrands Rücktritt als SNB-Präsident richtig. Jedoch verurteilen 75 Prozent den Datendiebstahl. Zwar finden 61 Prozent Hildebrand habe moralische Fehler gemacht, 53 Prozent sehen ihn dennoch als Opfer einer Kampagne. Trotz Verfehlungen halten 67 Prozent Philipp Hildebrand für glaubwürdig. Für 36 Prozent ist sein Gegner, Ex-Justizminister Christoph Blocher, in der Affäre hingegen «völlig unglaubwürdig», und 33 Prozent meinen er sei «wenig glaubwürdig». 89 Prozent der Befragten fordern eine Verschärfung der Handelsregeln fürs SNB-Direktorium und für Bundesräte; dabei wollen aber nur 35 Prozent ein komplettes Verbot für Devisen- und Aktienhandel. 54 Prozent sind für eine Pflicht zur vorgängigen Bewilligung von Transaktionen.

Philipp Hildebrand ...

... hat moralische Fehler gemacht und zu wenig Fingerspitzengefühl gezeigt.

61

... ist Opfer einer Kampagne geworden.

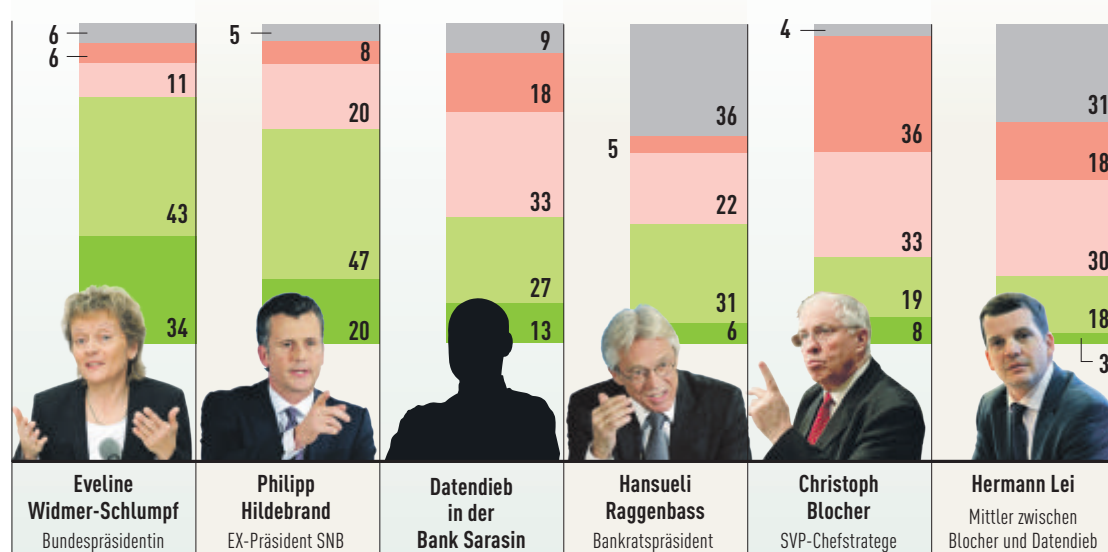
53

17 ... hat grobe rechtliche Fehler gemacht.

Glaubwürdigkeit

Für wie glaubwürdig halten Sie die 6 Hauptpersonen im Fall Hildebrand?

Alle Zahlen in Prozent



Die Umfrage wurde mit 504 Personen vom 11. bis 12. Januar 2012 im Auftrag der SonntagsZeitung durchgeführt.

SoZCandrian; Fotos: Keystone (5)

Rücktritt

Finden Sie es richtig, dass Philipp Hildebrand zurückgetreten ist?



Devisenhandel

Dürfen Nationalbankdirektoren und Bundesräte künftig mit Devisen und Aktien handeln?



Vertrauen

Hat das Vertrauen in die Nationalbank gelitten?



75 000 Franken Profit soll Ex-Nationalbankchef **Philipp Hildebrand** mit den Dollar-Deals seiner Frau verdient haben. Zwar hat er beteuert, er habe diesen Gewinn umgehend der «Berghilfe» gespendet. Doch es wäre nicht die Affäre Hildebrand, wenn sich nicht gleich eine Verschwörungstheorie darum entsponnen hätte. Demnach landete das gespendete Geld in Wahrheit beim Glückssäuli-Spiel des «**Blicks**». Der «Beweis»: Just am Tag nach Hildebrands Rücktritt hat das Boulevardblatt seine Säuli-Gewinne verdreifacht – auf haargenau 75 000 Franken.

ZITAT DER WOCHE

«Herr Blocher hat sicher sehr viel Geld, aber wir haben Gott»

Kashya Hildebrand

Die Frau des zurückgetretenen Chefs der Nationalbank in «10 vor 10» auf die Frage, ob ihr Mann Opfer einer Kampagne von Christoph Blocher wurde

Neues Gutachten aufgetaucht

Der oberste Jurist des Bundes sah keine Rechtsnormen verletzt

BERN Die letztjährige Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey liess sofort strafrechtliche Konsequenzen für Philipp Hildebrand prüfen, nachdem sie von Christoph Blocher über dessen Devisengeschäfte informiert worden war. Das geht aus einem Dokument hervor, das der SonntagsZeitung, gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz, zugänglich gemacht wurde.

Im vertraulichen Gutachten vom 14. Dezember erörtert Michael Leupold, Direktor des Bundes-

amts für Justiz (BJ), die Frage, ob sich ein Direktoriumsmitglied der Nationalbank unrechtmässig verhalte, «wenn es private Devisengeschäfte tätigt und dabei von den Auswirkungen der kurz darauf eingeleiteten währungspolitischen Massnahmen der Nationalbank profitiert». Er stellte nichts Illegales fest, insbesondere kein Insiderdelikt. Das Reglement der Nationalbank über Eigengeschäfte lag dem BJ damals nicht vor. Weil Hildebrand mit den Vorwürfen noch nicht konfrontiert worden war,

verzichtete Leupold darauf, das geheime Reglement anzufordern.

Am 13. Dezember hatte Blocher Calmy-Rey im Beisein von Leupold sein Wissen offenbart. Gleichentags gab Calmy-Rey den Auftrag zur Prüfung der Rechtslage. Ein zweites Treffen fand am 15. Dezember statt, wo Blocher Screenshots von Hildebrands Bankkonto zeigte. MARTIN STOLL, TITUS PLATTNER

Das Dokument ist abrufbar unter www.sonntagszeitung.ch

Insider-Regeln für Bundesräte

Politiker fordern schärfere Praxis für die gesamte Verwaltung

BERN In der Politik findet aufgrund der Affäre Hildebrand ein Umdenken bezüglich des heiklen Umgangs mit Insiderwissen in der Bundesverwaltung statt. Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom letzten Mittwoch unter anderem beschlossen, auch in der Verwaltung und nicht nur in der Nationalbank allfällige Insiderprobleme zu regeln. «Der Ad-hoc-Ausschuss des Bundesrats soll prüfen, welche Fragen sich in der Bundesverwaltung im Bereich Insiderwissen stellen und ob sich

daraus ein Handlungsbedarf ergibt», bestätigt Bundesratspresident André Simonazzi.

Und die politischen Parteien machen Druck, dass auch wirklich etwas geschieht. Die SP fordert ein sogenanntes Blind-Trust-Obligatorium für Bundesräte und Spitzenbeamte, die in heiklen Bereichen tätig sind – zum Beispiel in der Wettbewerbs- und Finanzaufsichtskommission. Diese dürften ihr Vermögen dann nicht mehr selber verwalten, sondern müssten es in einen Trust geben, der die

Gelder ohne ihren Einfluss verwaltet. BDP-Präsident Hans Grunder schlägt dagegen eine «unabhängige Kontrollstelle vor, der alle Transaktionen gemeldet werden müssen». Man könne nicht alles regeln, eine solche Meldepflicht wirke aber disziplinierend, sagt Grunder. Der CVP-Ständerat und Finanzexperte Pirmin Bischof verlangt eine Verschärfung der Insiderstrafnorm, insbesondere sollen auch Devisengeschäfte erfasst werden. (JW/PT/DVB)

MEHR ZUM THEMA SEITE 53